

„Das ist Gift für die Energiewende“

Schwarz-rote Energiepolitik belastet rot-grünes Koalitionsklima in NRW:
Geplante Kürzungen bei der Ökostrom-Förderung bergen Konfliktpotenzial

WAZ v. 12. 11. 13
Von Tobias Blasius

Düsseldorf/Berlin. Während NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) am Montag beim „Deutschen Steinkohletag“ in Essen dem Steigerlied lauschte und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin mit der Union eine drastische Korrektur der bisherigen Energiewende-Pläne verabredete, wirkten die Grünen in Düsseldorf entgeistert über den Kurs des Koalitionspartners.

Dass die Große Koalition in Berlin unter Krafts Mithilfe die Förderung von Ökostrom spürbar verringern, die Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage eher halbherzig reduzieren und die Ausbaupläne für Windkraftanlagen eindampfen will, stößt bei den Grünen auf Unverständnis. „Das gesamte System der Ausnahmeregelungen bei den Umlagen im Energiebereich hat sich überholt, es muss auf den eigentlichen Kern zurückgeführt werden. Genau das bleibt die Koalition schuldig. Sie hat sich um die Frage herumgedrückt, wie sie die Ausnahmen begrenzen will“, sagte Landtagsfraktionschef Reiner Priggen unserer Zeitung.

Grüne reagieren mit Unverständnis

Die schwarz-roten Pläne zum Ausbau der Windenergie sind aus Priggen's Sicht „Gift für den Erfolg der Energiewende“. Gerade die Windenergie nahe an den Verbrauchszentren mache den Strom günstiger. „Wenn der Ausbau südlich von Hamburg beendet werden soll, ist das aus ökonomischer Sicht schlecht. Das treibt die Kosten der Energiewende unnötig nach oben“, so Priggen.

Wirtschaftsminister Duin gestattete sich derweil beim Steinkohletag eine weitere Provokation des Koalitionspartners. „Windkraft



Unzufrieden: Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender der NRW-Grünen FOTO: DPA

braucht auch Kohle“, sagte Duin. Wer glaube, man könne nach dem Atomausstieg auch noch aus der Kohle aussteigen, werde den Erfordernissen eines Industriestandortes nicht gerecht. Eine Streichung der Ausnahmen von der Ökostrom-Umlage für die Steinkohle sei mit NRW „nicht verhandelbar“. Ebendiese hatte Priggen gefordert.

Kraft muss neben der Befindlichkeit des Koalitionspartners die heimische Industrie im Auge behalten. BDI-Chef Ulrich Grillo warnte beim Steinkohletag erneut vor Fehlsteuerungen bei der Energiewende: „Die Kosten fliegen uns um

die Ohren“, so Grillo. Die Versorgungssicherheit sei gefährdet durch den unkontrollierten Zubau von Ökostrom-Anlagen, die konventionelle Kraftwerke unrentabel machen: „Das ist keine Panikmache, das ist leider Realität.“

Union und SPD wollen nun mit Förderkürzungen, verbindlichen Ausbaukorridoren und neuen Marktprämien den Wildwuchs bei Ökostrom-Anlagen eindämmen. Was das konkret für die rot-grüne Politik heißt, ist noch nicht absehbar. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 die Stromversorgung zu 15 Prozent

Keine Einigung bei Bildungsfragen

■ **Die Koalitionsverhandlungen** über eine Grundgesetzänderung zur besseren **Bildungsförderung** des Bundes sind vorerst gescheitert. Über eine Lockerung des sogenannten Kooperationsverbotes, wonach sich der Bund aus der Finanzierung der Bildung heraushalten muss, wurde keine Einigung erzielt. Nun soll das Thema in großer Runde beraten werden.

■ **Die Union** will das Grundgesetz nur für den **Hochschulbereich** ändern, um die Kooperation von Bund und Ländern, die bislang befristet möglich ist, dauerhaft zu sichern. Die SPD beharrt darauf, das Kooperationsverbot auch für den Bereich der Schulen aufzuheben und will einer Reform nur für die Hochschulen nicht zustimmen. Der Bund solle in die Lage versetzt werden, **Ganztagschulen** sowie die Inklusion von Behinderten und die Integration von Zuwanderern zu unterstützen.

mit Windenergie zu bestreiten – derzeit liegt der Anteil erst bei rund vier Prozent. Die an Rhein und Ruhr betriebenen Windräder sind komplett entweder von der EEG-Einspeisevergütung oder der auf dieser Basis berechneten Marktprämie abhängig. Die Große Koalition will nun die Förderung von Windenergie auf gute Standorte konzentrieren. Welche Gebiete in NRW dazu gehören könnten, ist bislang unklar. Die Ausgestaltung der EEG-Reform hat also unmittelbaren Einfluss auf die Ökostrom-Produktion in NRW – und damit auf Koalitionsklima.